

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	IAFP oder PGB	Seite	Direktion	Dienststelle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	FDP/JF, Die Mitte	PGB		BSS	Direktion	PG300100	Auf den neuen Sozialpreis der Stadt Bern ist zu verzichten. Das Budget ist um CHF 10'000.00 zu reduzieren.	In der Stadt Bern gibt es bereits diverse Preise, etwa die Preise der Burgergemeinde Bern. Es ist nicht sinnvoll, dass die Stadt Bern einen eigenen Preis vergibt. Zum Preisgeld von CHF 10'000.00 kommen Personalaufwände der Stadt Bern (Ausschreibung, Auswahl, Organisation und Kommunikation Preisübergabe etc.) hinzu, welche aber nicht beziffert werden konnten. Selbstredend wären diese ebenfalls zu streichen.
2	SVP	PGB	232	BSS	Direktion	PG300200	3) Durchführung Suchtforum (P210-240) Die Steuerungsvorgabe 3 ist ersatzlos zu streichen.	Das Suchtforum ist unnötig und bietet als Luxusveranstaltung keinen nennenswerten Ertrag.
3	SVP	PGB	239	BSS	Direktionsstabsdienste und Koordinationsstelle Sucht	PG300500	Die Fachstelle sei aufzuheben und damit das Budget um Fr. 889'838.62 zu kürzen.	Die Beibehaltung dieser Fachstelle ist angesichts der bei Bund und Kanton vorhandenen und privaten Organisationen und Kapazitäten nicht länger zu rechtfertigen.
4	SVP	PGB	239	BSS	Direktionsstabsdienste und Koordinationsstelle Sucht	PG300500	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 400'000.00.	Die Beibehaltung der Fachstelle ist mit 50% noch immer grosszügig dotiert.

20	SVP	PGB	239	BSS	Direktionsstabsdienste_und_Koordinationsstelle_Sucht	PG300500	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 120'000.00.	
5	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	246	BSS	Sozialan	PG310100	Massnahme 5.6 Beratungsangebot Wohnen : das befristete Konzept sei nicht weiterzuverfolgen und auf die Umsetzung zu verzichten.	Die am 17.10 2018 verabschiedete Wohnstrategie sah Massnahmen 5.6 und 5.7 in der Verantwortung des Sozialamts. 5.6 ist ein Beratungsangebot Wohnen. Das Ausarbeiten und Umsetzen eines Konzepts zur Schaffung eines neuen Beratungsangebots ist angesichts der finanzpolitisch heiklen Situation ein nice-to-have und keine zwingende neue Aufgabe für die Stadt Bern.
6	Die Mitte, FDP/JF	PGB	246	BSS	Sozialan	PG310100	PGB310100 sei um Fr. 88'000.00 für das Konzept Beratungsangebot Wohnen zu kürzen, Personalkosten Fr. 84'000.00 und Infrastrukturkosten Fr. 4'000.00.	Die am 17.10 2018 verabschiedete Wohnstrategie sah Massnahmen 5.6 und 5.7 in der Verantwortung des Sozialamts. 5.6 ist ein Beratungsangebot Wohnen. Das Ausarbeiten und Umsetzen eines Konzepts zur Schaffung eines neuen Beratungsangebots ist angesichts der finanzpolitisch heiklen Situation ein nice-to-have und keine zwingende neue Aufgabe für die Stadt Bern.
7	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	98	BSS	Sozialan	PG310600	Auf die Massnahme 6 "Niederschwellige Hilfen sicherstellen" ist zu verzichten. Das Budget für die Planjahre 2024 und 2025 ist um je CHF 200'000.00 zu kürzen.	Es ist mehr als fraglich, ob mit dieser Massnahme die erhofften Effekte erzielt werden, oder ob es für die beziehenden Personen nicht gar kontraproduktiv sein kann. Die Stadt Bern soll zuerst die Erfahrungen anderer Schweizer Städte abwarten (z.B. Luzern) und mit der Umsetzung von M6 aus der BIAS-Strategie entsprechend warten.

8	FDP/JF	PGB	225	BSS	Schulam	PG320200	Auf die Anpassung des Betreuungsschlüssels in der Tagesbetreuung ist zu verzichten. Die Mittel sind um CHF 500'000.00 zu kürzen.	Der vom Kanton Bern finanzierte Betreuungsschlüssel garantiert eine pädagogisch wertvolle Kinderbetreuung. Wer dies anders sieht, muss sich auf kantonaler Ebene für zusätzliche Mittel einsetzen. Der Betreuungsschlüssel 1:6 ist weder pädagogisch notwendig, noch kann sich die Stadt Bern diesen leisten, zumal die Kosten hierfür in den kommenden Jahren von CHF 500'000.00 auf rund CHF 5'000'000.00 steigen werden.
9	SBK	PGB	302	BSS	Familie _und_ Quartier_ Stadt_B ern	PG330100	Auf die Streichung der 60%-Stelle "Quartierentwicklung" ist zu verzichten und der Globalkredit entsprechend um CHF 86'500 zu erhöhen.	Diese Stelle leistete einen wesentlichen Beitrag in den Quartierentwicklungsprozessen, in dem sie zwischen der Stadt und Quartierakteur*innen koordiniert und bei Planungen (Schulhausneubauten, Siedlungsentwicklungen, Umgestaltungen von Parks, etc.) mit soziokultureller Perspektive unterstützt hat und Lücken in den Angeboten der Leistungsvertragspartner*innen so teilweise entgegenwirken konnte. Für den steigenden Bedarf an Planung von sozialer Infrastruktur braucht es Ressourcen.
10	AL/PdA	IAFP	172	BSS	Familie _und_ Quartier_ Stadt_B ern	PG330101	Ab PJ 2024 sollen die Zahlen gemäss "worst case" als Berechnungsgrundlage berücksichtigt werden.	Prognosen zum Bedarf und der Nachfrage nach Kinderbetreuung sind nach wie vor mit Unsicherheiten verbunden. Aufgrund der noch nicht abzuschätzenden pandemiebedingten Veränderungen in der Arbeitswelt und Kinderbetreuung sind derzeitige Einsparungen bezüglich Betreuungsgutscheinen riskant.

11	GB/JA!	PGB	329	BSS	Alters_und_Versicherungsamt	PG350500	Auf den damaligen Abbau der Projektleitungsstelle im Kompetenzzentrum Alter sei zu verzichten und der Globalkredit um 70'000.- zu erhöhen.	Das Thema Alter wird aus demografischen Gründen je länger je wichtiger – die Coronakrise hat Themen wie Einsamkeit/Isolation im Alter eindrücklich aufgezeigt und verschärft. Es braucht in der Stadt entsprechend je länger je mehr Unterstützungsangebote, um die Teilhabe von älteren Menschen zu stärken. Mit der Verabschiedung des Altersreglementes hat der Stadtrat dieses Ziel in den Fokus gestellt. Für die Umsetzung des Reglementes wie auch der Altersstrategie 2030 braucht es entsprechend personelle Ressourcen.
12	FDP/JF	PGB	329	BSS	Alters_u	PG350500	Auf den Tag der Nachbarschaft ist zu verzichten. Das Budget ist um CHF 12'500.00 zu reduzieren. Die personellen Ressourcen (40-50 Stunden) sind für andere Massnahmen der Altersstrategie einzusetzen.	Ein Lebensraum, der allen Alters- und Bevölkerungsgruppen zugute kommt, ist richtig und wichtig. Dieses Ziel kann aber auch ohne staatlichen Interventionismus wie den "Tag der Nachbarschaft" erreicht werden.
13	Die Mitte	IAFP		BSS	Schulzah	PG360100	Die Nettokosten sind um 200'000CHF zu reduzieren.	Der schulzahnmedizinische Dienst ist wirtschaftlich bislang schlecht gefahren. Mit der Zusammenlegung der Klinikstandorte können erstmals Synergieeffekte genutzt werden, was ökonomische Folgen haben muss.
14	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		BSS	Schulzah	PG360100	Der SZMD prüft eine engerere Zusammenarbeit mit der Zahnmedizinischen Klinik der Universität Bern (ZMK) auch wenn noch kein gemeinsamer Standort vorhanden ist.	Ein von der BSS in Auftrag gegebener Bericht hat 2017 klar gezeigt, dass es sinnvoll wäre, wenn SZMD und ZMK enger zusammenarbeiten würden. Diese Zusammenarbeit darf nicht durch das Fehlen eines gemeinsamen Standortes verhindert werden.
15	SVP	IAFP		BSS	Sportamt	PG380100	Es seien wieder reduzierte Abendeintritte mit Kostenreduktion von mindestens 40% in den kostenpflichtigen Eintrittsgebühren in Sportstätten einzuführen.	Die Aufhebung der Reduktion führt zu Reduktion der Eintritte und steht im Widerspruch zum Ziel der Sportstadt. Die Abendeintritte entsprechen einem Bedürfnis der Bevölkerung.
16	SVP	IAFP		BSS	Sportamt	PG380100	Es seien reduzierte Abendeintritte und Mittagseintritte mit Kostenreduktion von mindestens 30% in den eintrittspflichtigen städtischen Museen und Sportstätten einzuführen.	Die Aufhebung der Reduktion führt nur zu Reduktion der Eintritte.

17	SVP, Sibyl Eigenmann	IAFP		BSS	Sporta mt	PG380100	Auf die geplante definitive Schliessung des Hallenbades Hirschengraben im 2023 ist zu verzichten.	Das beliebte Hallenbad Hirschengraben ist zu erhalten. Das Bad ist offen ab 6.00 Uhr und bietet den Berufstätigen die Möglichkeit, vor der Arbeit schwimmen zu gehen. Die gute Erreichbarkeit ist für die Stadtbewohner und Pendler ein idealer Ort, sich früh Morgens, aber auch über Mittag sportlich zu betätigen. Eine Weiterführung durch Dritte ist als Option zu prüfen.
18	SVP	PGB	230	BSS	Sporta mt	PG380100	Es seien zusätzliche Abendeintritte bei der KaWeDe einzuführen. Das Budget ist entsprechend um Fr. 2'000.00 zu erhöhen.	
19	SVP	PGB	367	BSS	Sporta mt	PG380100	Auf die spätere Öffnungszeit (erst ab 9 Uhr) der Freibäder ist zu verzichten. Das Freibad Marzili soll in den Monaten Juni bis August weiterhin bereits um 7 Uhr öffnen. Das Budget sei um Fr. 13'750.00 zu erhöhen.	Für Berufstätige und auch Schulklassen wird es nicht mehr möglich sein, frühzeitig schwimmen zu gehen. Die Unterrichtszeiten der Sportklassen müssten entsprechend angepasst werden.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	IAFP oder PGB	Seite	Direktion	Dienststelle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		TVS	Direktion	A_übergeord	Die Direktion TVS zeigt auf, wo innovative Projekte (Arbeitsunterstützungen mit neuer Technik, Automationen etc.) verfolgt werden und wieviel CHF und FTE dafür eingeplant ist.	Sowohl in der Verkehrsplanung und Lenkung wie auch bei Bauvorhaben sind neue Technologien entwickelt und die Stadt sollte sich damit befassen, im Hinblick auf Mitarbeiterentlastung, vereinfachte Prozesse oder neue Systeme. Diese können zu Verbesserungen für die Bewohnerinnen und Bewohner wie auch Ressourceneinsparungen (Material und Aufwand) führen welche man nutzen sollte.
2	SVP	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510300	Die Stadt erstellt auf der Schützenmatte wieder kostenpflichtige Parkplätze.	Die Zwischennutzung /Mediation führte nur zu neuen Kosten. Die Situation hat sich gegenüber früher gleichwohl massiv verschlechtert. Die Stadt ist auf diese Einnahmen dringend angewiesen.
3	SVP	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510300	Die Stadt erstellt neue zusätzliche kostenpflichtige Parkplätze, bisherigen Parkplätze in weisser und/oder blauen Zonen dürfen nicht umgewandelt werden.	Die Stadt hat Geldnot, es besteht eine grosse Nachfrage nach Parkplätzen. Win-win situation.
4	SVP	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510300	Die Parkgebühren seien auf Fr. 2.50 pro Stunden zu reduzieren.	Die Parkgebühren sind auch gemäss Empfehlungen Preisüberwacher zu hoch (Vorgabe Äquivalenzprinzip).
5	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510300	Auf die Erhöhung der Gebühr für das Parkieren ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'800'000 ist zu eliminieren.	Öffentliche Parkplätze (weisse Zone) in der Stadt Bern werden Jahr für Jahr ein rareres Gut. Dies trifft nicht nur jene Personen, welche auf ein Auto angewiesen sind, sondern auch das Gewerbe. Des Weiteren widersprechen die zur Begründung herangezogenen sogenannten «externen» Kosten sowohl dem Kostendeckungs-, Äquivalenz- als auch dem Legalitätsprinzip. Deshalb darf die Gebühr für das Parkieren nicht erhöht werden.

6	SVP	PGB	413	TVS	Tiefbau	PG510300	Die Stadt erstellt auf der Schützenmatte wieder kostenpflichtige Parkplätze. Die Mehreinnahmen von Fr. 400'000.00 sind im Budget entsprechend zu kürzen.	Die Stadt kann sich nicht leisten auf die Einnahmen zu verzichten.
7	FDP/JF, Die Mitte	PGB		TVS	Tiefbau	PG510300	Auf die Erhöhung der Gebühr für das Parkieren ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'800'000 ist zu eliminieren.	Öffentliche Parkplätze (weisse Zone) in der Stadt Bern werden Jahr für Jahr ein rareres Gut. Dies trifft nicht nur jene Personen, welche auf ein Auto angewiesen sind, sondern auch das Gewerbe. Des Weiteren widersprechen die zur Begründung herangezogenen sogenannten «externen» Kosten sowohl dem Kostendeckungs-, Äquivalenz- als auch dem Legalitätsprinzip. Deshalb darf die Gebühr für das Parkieren nicht erhöht werden.

8	SVP	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510400	Eventualantrag zu Antrag 4: Die Einführung einer Monatsveloparkvignette von CHF 10.-, Halbjahresveloparkvignette von CHF 25.-, Jahresveloparkvignette von CHF 30.-	Das Velo ist ein wichtiger Teil des Stadtverkehrs, und zwar sowohl als eigenständige Mobilitätsform als auch in Kombination mit den anderen Verkehrsmitteln. Mit attraktiven, sicheren und zusammenhängenden Wegnetzen sind bereits Voraussetzungen für die vermehrte Nutzung des Velos geschaffen worden. Von gleichrangiger Bedeutung für die Wahl des Velos als Verkehrsmittel ist eine qualitativ hochwertige Veloparkierung: geschaffen worden und beansprucht viel und genügend Platz. Veloparkierung ist ein Thema, das weit über die Verkehrsplanung hinausreicht: falsch abgestellte, umgefallene oder beschädigte Velos machen einen schlechten Eindruck, versperren den Platz, erhöhen das Vandalismusrisiko und beeinträchtigen die Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Stadt Bern verfügt bereits über eine sehr gute Veloinfrastruktur, wo viel Geld investiert wurde und genügend bequem erreichbare Veloparkplätze. Die Einführung einer kostenpflichtigen Park-Velovignette für alle parkierten Velos in der Stadt Bern gerechtfertigt.
9	GB/JA!	PGB	425	TVS	Stadtg rün_B ern	PG520100	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 110'000.- aufzustocken.	Die abzubauenen Projektleitenden-Stellen wären dafür verantwortlich, dass Themen wie Baumschutz, Naturschutz und Förderung Biodiversität sowie Klimaanpassungsmassnahmen in die Projekte eingebracht und umgesetzt werden. Dies wird dazu führen, dass die Klimaziele, die dringend notwendige Qualität für Biodiversität und Stadtklima nicht erreicht werden können.

10	GB/JA!	PGB	425	TVS	Stadtgr rün_B ern	PG520200	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 180'000.- aufzustocken.	Bereits mit den für das Jahr 2022 umgesetzten Stellenreduktion können die Aufgaben nicht mehr im nötigen Rahmen umgesetzt werden. Das führt zu einer Überlastung des Personals. Aufgrund der weiteren Stellenreduktion wird die Pflege und der Unterhalt der bestehenden Grüninfrastruktur nicht mehr im nötigen Masse gewährleistet werden können. Die Folge ist ein Wertezwischenfall der mittelfristig viel höhere Ausgaben nötig macht. Zudem wirkt es sich negativ auf die Biodiversität und die Umsetzung der Klimaziele aus.
11	SP/JUSO	PGB	431	TVS	Stadtgr	PG520200	Das Budget für Baumpflege und -kontrolle ist um CHF 100'000.- aufzustocken.	Bäume sind sehr wichtig fürs Stadtklima und für die Förderung der Biodiversität, dies insbesondere bei zunehmender Hitze und häufigeren Extremwetterereignissen. Die aktuellen Ressourcen reichen für die Kontrolle und Pflege der Bäume allerdings nicht aus. Bessere und flächendeckende Baumkontrollen und darauf basierende gezieltere Baumpflegemassnahmen sind dringend notwendig für einen gesunden und sicheren Baumbestand in der Stadt Bern und sollten so schnell wie möglich implementiert werden.

12	GLP/JGLP	IAFP	201	TVS	Stadtgr	PG520400	Der Gemeinderat plant eine neue Parkanlage für Bümpliz und verzichtet auf das Anlegen neuer Gräber auf dem Friedhof Bümpliz. Künftig sollen Bestattungen in neue Gräber nur noch auf den beiden grösseren Friedhöfen (Bremgarten- und Schosshaldenfriedhof) erfolgen. Die Gräber auf dem Friedhof Bümpliz bleiben bis zum Ablauf der Konzessionen bestehen. Solange dient die Anlage noch als Friedhof, später dann als öffentliche Parkanlage.	Wie der Gemeinderat berichtet, bestehe auf dem Friedhof Bümpliz ein grosser Investitionsbedarf in Millionenhöhe bei den Gebäuden und bei der Ausstattung und Inneneinrichtung. Gemäss neusten Medienberichten geht zudem die Anzahl an Personen, die sich auf dem Friedhof beerdigen lassen, massiv zurück. Immer mehr Angehörige nehmen die Urne mit nach Hause. Räumlichkeiten und Orte für Urnen bleiben ungenutzt, sodass z.B. der Bremgartenfriedhof Umnutzungen für ein Cafe plant. Unter diesen Gesichtspunkten und der angespannten Finanzlage ist ein Weiterbetrieb des Friedhofs Bümpliz nicht mehr zeitgemäss und nicht tragbar.
13	GB/JA!	PGB	425	TVS	Stadtgr rүн_B ern	PG520400	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 60'000.- aufzustocken.	Bereits mit den für das Jahr 2022 umgesetzten Stellenreduktion können die Aufgaben nicht mehr im nötigen Rahmen umgesetzt werden. Das führt zu einer Überlastung des Personals. Aufgrund der weiteren Stellenreduktion wird die Pflege und der Unterhalt der bestehenden Grüninfrastruktur nicht mehr im nötigen Masse gewährleistet werden können. Die Folge ist ein Werteverfall der mittelfristig viel höhere Ausgaben nötig macht. Zudem wirkt es sich negativ auf die Biodiversität und die Umsetzung der Klimaziele aus.
14	SVP	IAFP		TVS	Verkeh	PG580100	Für die Verkehrsplanung gilt für die nächsten vier Jahre ein Personalstopp.	Begründung: die Verkehrsplanung hat in den letzten fünf Jahren (2015 – 2019) ihren Personalbestand von 13 auf knapp 25 Vollzeitstellen aufgestockt. Dies steht in keinem Verhältnis zu den Aufgaben dieser Amtsstelle.

15	SVP	IAFP	181	TVS	Verkeh	PG580100	Die Verkehrsplanung hat ihren Personalbestand um 30 % innerhalb der nächsten drei Jahre zu kürzen.	Die Verkehrsplanung hat in den letzten fünf Jahren (2015 – 2019) ihren Personalbestand von 13 auf knapp 25 Vollzeitstellen aufgestockt. Dies steht in keinem Verhältnis zu den Aufgaben dieser Amtsstelle.
16	SVP	IAFP	203	TVS	Verkeh	PG580100	Kürzung der Mittel um 50 %	Die Verkehrsplanung schafft nur neue Probleme und kämpft gegen Parkplätze. Diese wirtschaftsfeindliche Einstellung kann nur gestoppt werden, wenn die Mittel entsprechend gekürzt werden.
17	SVP	IAFP	203	TVS	Verkeh	PG580100	Eventualantrag: Kürzung Mittel um 25%.	
18	SVP	IAFP	203	TVS	Verkeh	PG580100	Dem Schutz der Fussgänger vor Velos sei endlich die nötige Priorität einzuräumen, dies sowohl betr. fahrenden als auch des ruhenden Veloverkehrs.	
19	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580100	Kürzung des Budgets um 2 Millionen.	Die Verkehrsplanung schafft nur neue Probleme und kämpft gegen Parkplätze. Diese wirtschaftsfeindliche Einstellung kann nur gestoppt werden, wenn die Mittel entsprechend gekürzt werden.
20	SVP	PGB	203	TVS	Verkeh	PG580100	Eventualantrag: Kürzung des Budgets um 1 Million.	
21	SVP	PGB	203	TVS	Verkeh	PG580200	Globalkürzung um CHF 2'450'000 bei der Förderung Fuss- und Veloverkehr.	Der Fuss- und Veloverkehr wurde in den letzten Jahrzehnten genügend gefördert.
22	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 1'500'000.00 zulasten PG580200 Förderung Fuss und Veloverkehr. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.	
23	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Eventualantrag: Globalkürzung um CHF 1'000'000 bei der Förderung Fuss- und Veloverkehr.	Der Fuss- und Veloverkehr wurde in den letzten Jahrzehnten genügend gefördert.
24	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um 250'000 Franken zulasten PG580200 Förderung Fuss und Veloverkehr. Der Betrag sei vollumfänglich für Schuldenabbau einzusetzen.	

25	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Kürzung der Nettokosten um 350'000 Franken, zugunsten Erhöhung der Nettokosten bei PG210100 Kantonspolizei (siehe SVP-Antrag bei Kantonspolizei).	
26	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Die Mittel für das Veloverleihsystem sind um Fr. 500'000.00 zu kürzen.	
27	SVP	IAFP	31	TVS	Entsorg	PG870100	Auf die geplante Einführung und die weitere Planung eines neuen Abfall- und Wertstoffsammelsystem (Farbsacktrennsystem) soll verzichtet werden.	Die Vernehmlassung zeigte, dass nebst den bürgerlichen Parteien zumindest eine Quartierorganisation das Abfalltrennsystem entschieden abgelehnt.

Nr.	Einreichende / Antragsstellend e	IAFP oder PGB	Seite	Direk- tion	Dienstst- elle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	FDP/JF	IAFP		FPI	Steuerver	A_übergeo	Die Prognosen der Gewinn- und Kapitalsteuern für juristische Personen sind bis 2025 maximal auf CHF 100'000'000.00 (Rechnungsergebnis 2021) festzulegen.	Aufgrund der zurzeit aus mehrfachen Gründen unsicheren Wirtschafts- und Steuerertragslage (Inflation / steigende Zinsen / Verschlechterung der Wirtschaftssituation / STAF / Steuerprojekte der OECD / Bestrebungen aller Nachbarkantone, die Gewinnsteuern massiv zu senken - es droht deshalb ein Wegzug von Unternehmen aus dem Kanton Bern) ist es angemessen, die Prognose der Gewinn und Kapitalsteuern von juristischen Personen auf dem Stand von 2021 festzulegen.

2	SP/JUSO	PGB	472	FPI	Finanzver	PG610400	Die finanziellen Mittel für einen angemessenen Teuerungsausgleich an das städtische Personal sollen von 3,3 Mio. Franken (Teuerung von 1 %) auf 9,9 Mio. Franken (Teuerung von 3 %) erhöht werden.	Im PGB 2023 ist eine Teuerungszulage für das städtische Personal von 1 % berücksichtigt. Die entsprechenden Mittel (3,3 Mio. Franken) sind zentral bei der Finanzverwaltung eingestellt. Zum Zeitpunkt der Budgetierung ging der Gemeinderat von einer deutlichen tieferen Teuerung aus (SNB-Prognose von 1 %). Gemäss Nationalbank dürfte diese aber per Ende 2022 bei rund 3 % liegen. Aufgrund der unerwarteten Entwicklung der letzten Monate sind dafür deutlich höhere finanzielle Mittel notwendig. Nur so lässt sich ein adäquater Teuerungsausgleich und damit der Erhalt der Kaufkraft für das städtische Personal auf Anfangs 2023 sicherstellen. Über einen Nachkredit des Stadtrats wäre ein Teuerungsausgleich über 1% erst per Mitte 2023 möglich, wie die Erfahrung zum Teuerungsausgleich 2021 zeigt. Die genaue Höhe des Teuerungsausgleichs ist wie üblich vom Gemeinderat mit den Sozialpartnern unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des städtischen Finanzhaushalts auszuhandeln.
3	SVP	IAFP		FPI	Immobilien	PG620100	Die Verlagerung von Büroräumlichkeiten in der Innenstadt in Aussenquartiere ist zu forcieren. Ziel. Kosteneinsparungen bei der Miete. 2. Auslaufende Baurechtsverträge sind öffentlich auszuschreiben und zu Marktkonditionen zu verlängern, sofern die Stadt Bern nicht konsequent von ihrem Vor- oder Rückkaufsrecht Gebrauch macht. 3. Bewilligungsverfahren für Leuchtreklamen auf eigenem städtischem Grund sind zu erleichtern und die Einnahmen dadurch deutlich zu erhöhen.	

4	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	212	FPI	Immobilien	PG620100	Die Raumkosten sind pro Kopf um 10% zu senken	Einsparung Heizkosten durch innere Verdichtung, Homeoffice & Energiekrise: Die Stadt soll aufgrund zweier neuen Erkenntnisse in den letzten Jahren übergeordnet Heizkosten einsparen: Einerseits führt die Zunahme von Homeoffice bereits mittelfristig zu einer Reduktion an Büroflächen, ergo weniger Heizaufwand. Ausserdem führt die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energieknappheit zu einem grösseren Bereitschaft der Angestellten, tiefere Raumtemperaturen zu akzeptieren.
5	SVP	IAFP		FPI	Immobilien	PG620200	Verkauf der Berner Reitschule im Baurecht an Dritte. Durch den Verkauf sind positive Auswirkungen auf die Finanzsituation zu erwarten.	
6	SVP	IAFP		FPI	Immobilien	PG621100	Prüfung ob das Rebgut an Dritte verpachtet oder im Baurecht abgegeben werden kann. Dadurch sind positive Auswirkungen auf die Finanzsituation zu erwarten.	
7	SVP	IAFP		FPI	Steuerver	PG630400	Steuer zahlende Privatpersonen mit einem steuerbaren Einkommen von über CHF 600'000 p.a. sind jährlich mindestens einmal zu kontaktieren im Sinne einer aktiven Kundenpflege. (z.B. telefonisch, schriftlich, Dankeschreiben, Einholung von Informationen zur Zufriedenheit usw.)	

8	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	539	FPI	Fonds_für	PG860100	Die tieferen Mietzinseinnahmen bei Geschäftsliegenschaften in der Christoffel-Unterführung sind zu vermeiden. Die veranschlagten Nettozinseinnahmen sollen um 0,35 Mio aufgestockt werden.	Die Christoffel-Unterführung zählt zur besten Lage für Geschäftsliegenschaften. Es ist unverständlich, dass die Stadt dort tiefere Mietzinsen akzeptiert. Die abnehmenden Passantenströme aufgrund der Umlenkung via neue Bahnhofspassage Bubenbergr (ZBB) zählt (noch) nicht als Argument. Im Gegenteil, aufgrund der erwarteten Grossbaustelle kann erwartet werden, dass die Passantenströme weiterhin hoch bleiben in der Christoffel-Unterführung.
9	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	230	FPI	Fonds_für	PG860100	Auf den weiteren Erwerb von Liegenschaften (Wohnraum) ist zu verzichten.	Ostermündigen verfügt über sehr viel günstigen Wohnraum. Die Stadt Bern soll ihre eigenen Zukäufe von Wohnraum sistieren bis klar ist, wie sich die Fusion der beiden Gemeinden auf den Wohnungsmarkt auswirkt.
10	SVP	PGB	541	FPI	Fonds_für	PG860100	Das Ziel: 2. Lemma ist wie folgt anzupassen: "Zu diesem Zweck baut die Stadt vermehrt wieder selbst." ist zu streichen.	